

II-651 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 329/J

A N F R A G E

1983 -12- 0 2

der Abgeordneten Steinbauer
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Einzelheiten der Finanzierung des Konferenzpalastes
durch arabische Geldgeber

1,36 Mio. Österreicherinnen und Österreicher haben sich im Rahmen des größten Volksbegehrens in der Geschichte Österreichs gegen den Bau eines zusätzlichen Konferenzpalastes bei der UNO-City ausgesprochen. Die Milliarden der Steuerzahler sollten für 12.000 neue Wohnungen eingesetzt und nicht für einen unnützen Konferenzpalast verschwendet werden.

Die sozialistische Alleinregierung unter Bundeskanzler Dr. Kreisky hat als Antwort auf dieses Volksbegehren mit dem Bau begonnen, noch ehe der Wille der Bürger im Parlament behandelt werden konnte.

Auf Anordnung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky hat dann die sozialistische Fraktion des Nationalrates den Wunsch der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, auf den Bau des Konferenzmonsters zu verzichten, abgelehnt.

Alle Versuche der Volkspartei, dem Willen der 1,36 Mio. Unterzeichner des Volksbegehrens zum Durchbruch zu verhelfen, scheiterten am "Nein" der Regierung Kreisky.

Nach den Nationalratswahlen am 24. April 1983 hat sich gezeigt, daß in der sozialistischen Koalitionsregierung große Unsicherheit über die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit des Konferenzpalastes entstanden ist.

-2-

Am 6. März 1983 kündigte der damalige Bundeskanzler der sozialistischen Alleinregierung, Dr. Bruno Kreisky, vor dem Plenum des Nationalrates eine "besonders günstige" Finanzierung des Konferenzpalastes an. Diese "besonders günstige" Finanzierung des Konferenzpalastes sollte auf Grund von Verträgen mit arabischen und anderen internationalen Geldgebern bewerkstelligt werden. Nachdem sich die sozialistische Koalitionsregierung in der Regierungserklärung zum Weiterbau des Konferenzpalastes bekannt hatte - obwohl sich bis dahin die nunmehr in der Regierung vertretene FPÖ gegen den Bau des Konferenzpalastes ausgesprochen hatte - wurden von seiten der sozialistischen Koalitionsregierung die Finanzierungsverhandlungen mit den internationalen Finanzierungsgruppen weitergeführt. Aus Anlaß der Klubklausur des sozialistischen Parlamentsklubs in Bad Hofgastein am 4./5.11.1983 gaben Finanzminister Dr. Salcher und Staatssekretär Dkfm. Lacina bekannt, daß nunmehr eine weitgehende Einigung über die Finanzierung des Konferenzpalastes zwischen der österreichischen Regierung und den Repräsentanten einer arabischen Investgruppe erzielt werden konnte.

Die Finanzierungsbedingungen sehen angeblich vor, daß eine Gesellschaft zur Finanzierung des Konferenzzentrums gegründet und mit einem Grundkapital von 3 Mrd. S ausgestattet wird. Diese Gesellschaft soll von Österreich und den arabischen Partnern paritätisch besetzt werden. Für die 1,5 Mrd. S Grundkapital - anteil der arabischen Seite seien 6 % Rendite garantiert worden. Der Vertrag zwischen Österreich und den arabischen Geldgebern kann frühestens nach 14 Jahren aufgelöst werden. Falls die arabische Seite dies sodann wünscht, könne sie; laut Aussage von Bundesminister Dr. Salcher und Staatssekretär Dkfm. Lacina,

-3-

wählen, ob nach den 14 Jahren ihre Investition in Dollar oder in Schillingen zurückgezahlt wird, wobei bei Rückzahlung in Schillingen eine 25%ige Prämie ausgeschüttet würde.

Angesichts der auf Grund dieser Angaben noch offenen Detailfragen der Finanzierungs konstruktion zur Finanzierung des Baus des Konferenzpalastes, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. Warum haben Sie - wie am 6.3.1983 im Parlament angekündigt - dem Nationalrat bis 30.11.1983 nicht eine 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle vorgelegt?
2. Wann werden Sie nunmehr die angesichts der zu unterzeichnenden Finanzierungsverträge mit den arabischen Geldgebern notwendige 3. IAKW-Fianzierungsgesetz-Novelle dem Parlament zuleiten?
3. Teilen Sie die Auffassung von Staatssekretär Dkfm. Lacina, daß Österreich "wären wir auf dem Kapitalmarkt in die Schweiz gegangen, wir vielleicht sogar bessere Bedingungen bekommen hätten", als die arabischen Geldgeber Österreich an Konditionen eingeräumt haben (siehe Tageszeitung "Die Presse" v. 25.11.1983)?
4. Wie ist der volle Wortlaut der von Ihnen verkündeten Einigung zwischen der Republik Österreich und den arabischen Geldgebern zur Finanzierung des Konferenzentrums einschließlich aller aller Nebenbestimmungen?
5. Bestehen bereits Vertragsentwürfe und wann ist mit den endgültigen Vertragsabschlüssen zu rechnen?
6. Um welche arabischen Geldgeber handelt es sich im einzelnen?

7. Wie lautet die Stellungnahme der Gemeinde Wien zu dieser Vereinbarung mit den arabischen Geldgebern?
8. Haben Sie den arabischen Gelgebern Steuerfreiheit zugesichert, ohne daß den Parteien der sozialistischen Koalitionsregierung die für eine derartige verfassungsändernde Steuerbefreiung notwendige parlamentarische 2/3 Mehrheit zur Verfügung steht?
9. Ist es richtig, daß den arabischen Investoren die Kapitalertragsteuer nachgelassen werden soll?
 - a) Wenn ja, wieviel macht die nachgelassene Kapitalertragsteuer in Schillingen aus?
 - b) Haben Sie angesichts der Tatsache, daß ein derartiger Nachlaß verfassungswidrig wäre, eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes eingeholt?
 - c) Wenn ja, wie lautet die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes im Wortlaut?
10. Ist es richtig, daß den arabischen Investoren die Körperschaftsteuer vom künftigen Veräußerungsgewinn nachgelassen werden soll?
 - a) Wenn ja, wieviel macht die nachgelassene Körperschaftsteuer vom künftigen Veräußerungsgewinn in Schillingen aus?
 - b) Haben Sie angesichts der Tatsache, daß ein derartiger Nachlaß verfassungswidrig wäre, eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes eingeholt?
 - c) Wenn ja, wie lautet die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes im Wortlaut?
11. Ist es richtig, daß den arabischen Investoren die Gesellschaftsteuer und die sonstigen Abgaben im Zusammenhang mit der Errichtung einer Kapitalgesellschaft nachgelassen werden sollen?
 - a) Wenn ja, wieviel machen die nachgelassene Gesellschaftsteuer und die sonstigen Abgaben in Schillingen aus?
 - b) Haben Sie angesichts der Tatsache, daß ein derartiger Nachlaß verfassungswidrig wäre, eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes eingeholt?
 - c) Wenn ja, wie lautet die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes im Wortlaut?

-5-

12. Welche Rendite hätte die Republik Österreich den arabischen Geldgebern zugestehen müssen, falls die oben angeführten Steuerbefreiungen für diese nicht vorgesehen worden wären?
13. Wie hoch ist angesichts der Steuerprivilegien für die arabischen Geldgeber die Gesamrendite, die diese innerhalb der 14 Jahre beziehen?
14. Wem wird das Management des Konferenzentrums übertragen werden?
15. Wie hoch wird der jährliche Betriebsabgang sein?
16. Wer wird diesen Betriebsabgang tragen?
17. Wie hoch sind die derzeit veranschlagten Baukosten?
18. Rechnen Sie mit wie immer gearteten Erhöhungen gegenüber den derzeit veranschlagten Baukosten?
19. Wenn ja, in welcher Höhe?